

Erfurt, 30. März 2022

Eckpunktepapier der grünen Landtagsfraktion zum Kommunalgipfel 2022

Die letzten zwei Jahre der Corona-Pandemie haben die Kommunen vor große Herausforderungen gestellt. Nicht nur finanzieller Art, denn viele der entstandenen Kosten wurden durch Landes- und Bundesprogramme ausgeglichen. Doch gerade im Gesundheits- und Pflegebereich zeigten sich die Folgen von Privatisierungen, Fachkräftemangel und Strukturschwäche gerade im ländlichen Raum besonders deutlich. Überlastung des Pflege- und medizinischen Personals waren dabei nur die sichtbarsten Folgen. Nunmehr stehen die Kommunen mit der Aufnahme der geflüchteten Ukrainer*innen, die unsere volle Solidarität haben und umfangreiche Hilfe erhalten sollen, vor der nächsten großen Herausforderung. Daher möchten wir den vom Ministerpräsidenten initiierten Kommunalgipfel zum Anlass nehmen, einige grundsätzliche Forderungen unserer Fraktion zur Unterstützung der Kommunen zu benennen. Der Kommunalgipfel setzt in diesem Jahr vier thematische Schwerpunkte: die Aufnahme der aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die Gesundheitsfürsorge und Pflege vor allem im ländlichen Raum, die Fachkräftesicherung/Zuwanderung und Integration sowie die Kommunalfinanzen. Auch wir sehen diese vier Punkte als besonders dringende Themen, bei denen die Kommunen unsere Unterstützung benötigen und haben daher Maßnahmen, die wir als sinnvoll und gut umsetzbar einschätzen, in dem vorliegenden Papier zusammengefasst.

I. Geflüchtete menschenwürdig aufnehmen – Kommunen bei der Aufnahme und Integration unterstützen

Laut UNHCR sind seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine bereits ca. 3,8 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, ein Großteil der Menschen in die direkten Nachbarländer - vor allem nach Polen und etwa 250.000 Menschen bislang nach Deutschland. Schätzungen gehen von einer 7-stelligen Anzahl noch zu erwartender ukrainischer Geflüchteter in Deutschland aus. Die Thüringer Kommunen haben in der Vergangenheit insbesondere im Zeitraum 2014 bis 2016 gezeigt, dass sie mit entsprechender Unterstützung des Landes sowie dem großen ehrenamtlichen Engagement vieler Initiativen, Vereine und Einzelpersonen dem Anspruch auf Schutz, menschenwürdiger Unterbringung, einer adäquaten Versorgung sowie gesellschaftliche Teilhabe und Integrationschancen gerecht werden.

Die hohe Anzahl von zu erwartenden ukrainischen Geflüchteten bringt jedoch in besonderer Weise große Herausforderungen mit sich. Dabei gilt es darauf hinzuweisen, dass alle Geflüchteten – auch diejenigen die nicht aus der Ukraine geflohen sind – entsprechend ihrer jeweiligen Schutzbedarfe in den Blick genommen werden müssen. Das Fluchtgeschehen aus anderen Ländern findet schließlich ebenso statt. Seitens des Bundes, der Länder und der Kommunen sind kurzfristig vor allem die Finanzierung, die Sicherstellung der zügigen Gewährleistung von Sozialleistungen, die zeitnahe Registrierung und Bearbeitung der Aufenthaltsgewährungsanträge zu organisieren. Der Bund muss zudem die Mittel für Integrationskurse sowie die Migrationsberatung ausbauen. Um die Thüringer Kommunen landesseitig wirkungsvoll bei ihren jetzt anstehenden Aufgaben zu unterstützen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Ausweitung der Kapazitäten in der Landeserstaufnahme, um kurzfristig auf hohe Geflüchtetenzahlen reagieren zu können und Vorlaufzeiten für die Schaffung von kommunalen Unterkünften zu ermöglichen
2. Erhöhung der monatlichen Unterbringungspauschale und der monatlichen Pauschale für die Betreuung und Beratung nach § 2 ThürFlüKEVO sowie jährliche Anpassung an die Mietpreis- sowie Lohnentwicklung, Schaffung einer Investitionspauschale die wirksam dezentrale Unterbringung unterstützt
3. Ausbau der kassenärztlichen und dezentralen psychosozialen Versorgung sowie der psychosozialen Zentren, bürokratiearme Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle von Anfang an
4. Gewährleistung der frühzeitigen Integration in frühkindliche, schulische Bildungsangebote sowie Angebote der Erwachsenenbildung bspw. durch Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten, durch zusätzliches Personal für Kindergärten und staatliche und freie Schulen, Ausweitung der Sprachförderung in DaZ und muttersprachlicher Bildung, Ausstattung mit kostenfreiem WLAN und digitalen Endgeräten, vereinfachte Anerkennungsverfahren ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte, Ausbau schulpsychologischer Kapazitäten, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Anmietung von zusätzlichen Räumlichkeiten bspw. Schullandheime und Jugendbildungsstätten
5. Aufstockung der Landesmittel für die Integrationsförderung und Schaffung eines Thüringer Integrationsfördergesetzes, um sämtliche durch das Land geförderte Beratungs- und Unterstützungsangebote, die besonders in den Kommunen wirksam werden, gesetzlich abzusichern und damit dauerhaft und verlässlich zu finanzieren
6. Novellierung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, um z.B. Geflüchteten mit eigenem Einkommen die private Wohnsitznahme innerhalb Thüringens zu ermöglichen und Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen
7. Schaffung eines Landesamtes für Integration, Migration und Flüchtlinge zur Bündelung der asyl- und migrationspolitischen Zuständigkeiten auf Landesebene
8. Geflüchtete aus Drittstaaten, die in der Ukraine studieren konnten, sollen in Thüringen Zugang zum Studium erhalten

II. Gesundheitsfürsorge und Pflege vor allem im ländlichen Raum

Deutschland ist auf dem besten Weg, in einen dramatischen Pflegenotstand zu geraten. Gute Pflege ist nicht nur Herausforderung für Pflegekräfte, Pflegebedürftige und deren Angehörige – sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher fordern wir insbesondere die Unterstützung der Kommunen bei wohnortnahen Pflegekonzepten und Betreuungsangeboten (Tages-, Kurzzeitpflege) sowie Entlastungsangebote für pflegende Angehörige (Selbsthilfe, Pflegestützpunkte, Beratungsangebote). Bundeseinheitlich müssen angemessene Personalstandards, angemessene Löhne, Tarifbindung und die Finanzierung von betriebsnotwendigen Kosten in Pflegeeinrichtungen gestemmt werden.

Der demographische Wandel erschwert die medizinische Versorgung im ländlichen Raum gleich doppelt: Wegen ihrer Altersstruktur ist die Bevölkerung hier nicht nur überdurchschnittlich von gesundheitlichen Problemen betroffen, es fehlt teilweise an einer für sie gut erreichbaren spezialisierten medizinischen Infrastruktur. Ambulante und stationäre Versorgung müssen daher flächendeckend gesichert werden. Darüber hinaus benötigt es weitere Formen zur Gesundheitsversorgung und die zu deren Aufbau beitragende Rahmenbedingungen:

1. Auf- und Ausbau moderner Gesundheitsversorgungszentren, in denen verschiedene medizinische und therapeutische Angebote unter einem Dach zu erreichen sind
2. sektorenübergreifende Modelle können auch genossenschaftlich organisierte Arztpraxen sein, eine Förderung ist daher wünschenswert
3. schnelle Konstituierung der „Zukunftswerkstatt Krankenhaus“, um die Thüringer Krankenhauslandschaft zukunftssicher zu gestalten
4. Ziel muss es sein, innerhalb der nächsten 10 Jahre eine auf die jeweilige Regionalstruktur und den Versorgungsauftrag abgestimmte flächendeckende Krankenhausversorgung aufzubauen und auch für die Reha-Kliniken eine strukturierte Bedarfsplanung einzuführen
5. Zügige Implementierung telemedizinischer Ansätze für ambulante Versorgung und in der Pflege
6. Entwicklung und Einsatz neuer Formen der Kommunikation zwischen Patient*innen, Notärzt*innen, Rettungssanitäter*innen und den Notaufnahmen der Krankenhäuser

III. Fachkräftesicherung

Die wirtschaftliche und die demografische Entwicklung der Thüringer Bevölkerung sind die maßgeblichen Faktoren für den stetig wachsenden Fachkräftebedarf im Freistaat. Deshalb benötigen wir grundlegende strategische Debatten über die Gestaltung von Arbeitswelt, die umweltverträgliche und nachhaltige Industriepolitik und auch die Sicherung sozialer Dienstleistungen für eine alternde Gesellschaft. Ohne Unterstützung und Qualifizierung von Arbeitnehmer*innen und Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland wird diese Herausforderung nicht zu meistern sein. Wir schlagen daher folgende Maßnahmen vor:

1. Förderung einer strategischen Debatte zur Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Thüringen mit Blick auf Industrialisierung, Dienstleistungen, Demografie und Digitalisierung
2. Evaluation und Neuordnung der Berufsorientierung und Arbeitsweltorientierung in der Schule
3. Stärkung der Potentiale zur Gewinnung, Vorbereitung und Integration ausländischer Fachkräfte
4. schnelle, sichere und entbürokratisierte Anerkennung von Berufsabschlüssen und Kompetenzfeststellungen
5. strategische und konzeptionelle Entwicklung eines Gremiums zur Sicherung des Fachkräftebedarfs zu Fragen von praxisintegrierten Ausbildungen und rechtlichen Regelungen für Quer- und Seiteneinsteiger*innen

IV. Kommunalfinanzen

Die Kommunen leisten einen enormen Beitrag für ein stabiles und gutes Zusammenleben in Thüringen. Im Zuge der Corona-Pandemie, die Bund, Land und Kommunen vor enorme finanzielle Probleme gestellt hat, wurde auch die Frage nach einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs wieder aufgeworfen, der im Landtag gerade in einem Unterausschuss intensiv diskutiert wird. Klar ist, dass das Land schon jetzt viel Geld für die Kommunen bereitstellt, für 2022 ca. 1,5 Mrd. Euro zur Finanzierung der Arbeit der Landkreise, Städte und Gemeinden. In den letzten Jahren hat das Land Thüringen kontinuierlich die kommunalen Finanzen aufgestockt. Ob das genug ist, wird fortwährend diskutiert und jede Seite bewertet dies unterschiedlich. Sicher ist, dass die Summe der zu verteilenden Einnahmen begrenzt ist.

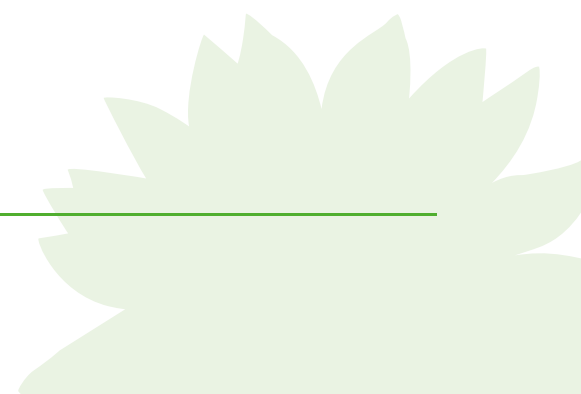
Der Kommunale Finanzausgleich ist ein Kompromiss, ein bloßes Verharren auf den eigenen Standpunkten bringt wenig. Als bündnisgrüne Fraktion sehen wir aber, dass die großen Herausforderungen wie die Klimakrise, die Energiewende, die zunehmende und notwendige Digitalisierung und nicht zuletzt die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten die Thüringer Kommunen vor enorme Herausforderungen stellt.

Wenn eine solche Reform umgesetzt werden soll, muss vorher klar sein, mit welchem Ziel dies geschieht. Dazu ist es notwendig zu hinterfragen, welche Aufgaben das Land und welche Aufgaben die kommunale Familie zu erledigen hat und ob es hier Veränderungsbedarfe gibt. Es kann nicht darum gehen, den Finanzausgleich nur mit immer mehr Geld zu untersetzen. Viel wichtiger ist es, dass alle Ebenen solidarisch zueinander sind und miteinander agieren. Zugleich müssen auch Solidarität und Ausgleich zwischen den Gemeinden gestärkt werden.

Der kommunale Finanzausgleich steht vor großen Herausforderungen:

1. wirksamer Klimaschutz, insbesondere die Senkung des Energieverbrauches, erfordert große Investitionen
2. moderne, möglichst emissionsfreie Mobilität muss etabliert werden
3. Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten werden zusätzliche finanzielle Belastungen bringen
4. der steigenden Belastung der Sozialhaushalte der kommunalen Ebene muss begegnet werden
5. zum vorhandenen Investitionsstau auf der kommunalen Ebene wird der Unterausschuss Kommunaler Finanzausgleich kurzfristig ein Gutachten beauftragen
6. für eine moderne Verwaltung wird ausreichendes und geschultes Personal benötigt

Des Weiteren sehen wir vor allem Handlungsbedarf in der Reform der Verwaltungen. Die bereits oben beschriebenen Herausforderungen verlangen nach einem vernetzten und fachübergreifenden Handeln. Dem gegenüber stehen häufig immer noch versäulte Verwaltungsstrukturen. Die Lösung der anstehenden Probleme können wir aber nur begegnen, wenn wir Verwaltung neu denken und zukunftsfest aufstellen. Dazu ist aus unserer Sicht eine Neustrukturierung der Verwaltungen notwendig, die mit einer klaren Aufgabenkritik einhergehen muss. Als grüne Fraktion im Thüringer Landtag machen wir uns dafür stark, Kommunen in allen Bereichen gezielt zu unterstützen und kommunalpolitisches Engagement anzuerkennen – schließlich ist und bleibt unser Grundgedanke: Global denken – lokal handeln. In diesem Sinne kann eine zukunftssträchtige und dauerhafte Reform der Kommunalfinanzen gelingen. Neben diesen langfristigeren Reformplänen werden wir aber aufgrund der aktuellen Situation auch eine schnelle finanzielle Unterstützung der Kommunen ermöglichen müssen. Dies zeigen die oben angesprochenen Punkte sehr deutlich. Daher fordert unsere Fraktion auch weiterhin die zügige Aufstellung eines Nachtragshaushaltes, um den zusätzlichen Aufgaben, die nun auf das Land und die Kommunen zukommen, gerecht zu werden.



Ansprechpartner*innen

Astrid Rothe-Beinlich, Fraktionsvorsitzende

Telefon: 0361 37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de

Madeleine Henfling, Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361 37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de